Wolfgang Däubler

Der Euro im Betrieb

Textausgabe mit arbeitsrechtlicher
Einführung

Bund-Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Der **Euro im Betrieb** : Textausgabe mir arbeitsrechtlicher
Einführung / Wolfgang Däubler. – Frankfurt am Main : Bund-Verl.,
1998
ISBN 3-7663-2908-1

© 1998 by Bund-Verlag GmbH, Frankfurt
Umschlag: Angelika Richter, Heidesheim
Satz: Fotosatz Froitzheim AG, Bonn
Druck: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany 1998
ISBN 3-7663-2908-1

Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere die des öffentlichen Vortrags,
der Rundfunksendung
und der Fernsehausstrahlung,
der fotomechanischen Wiedergabe,
auch einzelner Teile.

Vorwort

Die Entscheidung ist gefallen. Ab 1. Januar 1999 ist der Euro die alleinige gesetzliche Währung in Deutschland und in zehn anderen Mitgliedstaaten der EU. Die D-Mark existiert nur noch für drei Jahre weiter – als »Untereinheit«, so wie heute die 50-Pfennig-Münze ein Bruchteil der Mark ist. Bargeschäfte werden weiter in dieser »kleinen Münze« abgewickelt. Erst ab 1. Januar 2002 werden Euro-Banknoten und Cent-Münzen die D-Mark auch im Alltag ablösen.

Diese Entwicklung hat viele Befürchtungen ausgelöst. Auch wirft sie eine Reihe praktischer Probleme etwa bei der Umrechnung von D-Mark in Euro auf. Die hier vorgelegte Darstellung versucht in beiden Bereichen Antworten zu geben: Zum einen wird die vorwiegend von Ökonomen geführte Diskussion über die wirtschaftlichen Folgen der einheitlichen Währung nachgezeichnet und zum andern werden die mit der Umstellung verbundenen Fragen behandelt, wie sie sich für Betriebsräte und Arbeitnehmer stellen. Dabei geht es nicht um unreflektierten Euro-Optimismus, sondern allein darum, eine realistische Einschätzung zu erleichtern.

Der Übergang zum Euro ist im wesentlichen durch EG-Recht geregelt, das im Alltag noch immer relativ schwer zugänglich ist. Die einschlägigen Teile des EG-Vertrags (einschl. des neuen Kapitels über Beschäftigungspolitik) sowie die beiden Euro-Verordnungen sind daher im Anhang ebenso abgedruckt wie das deutsche Euro-Einführungsgesetz. Von Interesse ist aber auch das künftige Funktionieren der Währungsunion: Dieses ergibt sich insbesondere aus zwei EG-Verordnungen von 1997, die den Mitgliedstaaten umfassende »Haushaltsdisziplin« vorschreiben. Sie werden aller Voraussicht nach in naher Zukunft große politische und juristische Bedeutung erlangen und sind deshalb im Anhang unter Nr. 5 und 6 dokumentiert.

Schließlich existiert in der Metallindustrie ein Tarifvertrag über die Umstellung auf den Euro, dessen Formulierungen man ggf. in andere Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen übernehmen kann. Er ist im Anhang unter Nr. 7 abgedruckt.

Bremen, im September 1998

Wolfgang Däubler

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	10
I. Der Euro – das unbekannte Wesen	11
1. Der Fahrplan	11
2. Die sozialpsychologische Seite der D-Mark	11
3. Geld sichert Entscheidungsfreiheit und Einfluß	12
4. Rechtliche Regeln für das Geld	13
II. Das Recht der Währungsunion	15
1. Vorgeschichte	15
2. Die rechtlichen Regeln für den Start der Währungsunion	17
a. Die Konvergenzkriterien	17
b. Die Institutionen	17
c. Die Euro-Verordnungen	18
d. Das Euro-Einführungsgesetz	20
3. Die rechtlichen Regeln für das Funktionieren der Währungsunion	20
a. Wirtschaftspolitik	21
b. Öffentliche Verschuldung	21
c. Insbesondere: Die VO III	22
d. Insbesondere: Die VO IV	22
III. Die Vorzüge und Risiken der Währungsunion	23
1. Vorzüge	23
2. Risiken und Nachteile	24
IV. Die Umsetzung des Euro im Betrieb	27
1. Der Fortbestand der Verträge	27
2. Vertragsabschlüsse während der Übergangszeit	27
3. Bargeldloser Zahlungsverkehr während der Übergangszeit	28
4. Umrechnungs- und Rundungsprobleme	28
5. Abführung von Lohnsteuer und Sozialabgaben	30

6. Einzelfragen zum Lohn- und Gehaltsanspruch	30
a. Aufrechnung	30
b. Lohnersatzleistungen	30
c. Mahnbescheid	31
7. Langfristige Verbindlichkeiten	31
8. Informationsrechte von Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß	32
9. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	33
10. Die Situation nach Ende der Übergangszeit	34
11. Änderungen im Arbeitszeitrecht	35
V. Veränderte Tarifpolitik nach Einführung des Euro?	36
1. Die gesteigerte Bedeutung der Produktivität	36
2. »Starke« und »schwache« Volkswirtschaften	37
Anhang	39
1. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766) in der Fassung des Artikels G des Vertrags über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (BGBl. II S. 1253) – Auszüge –	41
2. Verordnung (EG) Nr. 1103/97 des Rates vom 17. Juni 1997 über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro, ABl vom 19. Juni 1997, L 162/1–3	65
3. Verordnung (EG) Nr. 974/98 des Rates vom 3. Mai 1998 über die Einführung des Euro, ABl vom 11. Mai 1998, Nr. L 139/1–5	70
4. Gesetz zur Einführung des Euro (Euro-Einführungsgesetz – Euro-EG) vom 9. Juni 1998, BGBl. I S. 1242–1255	79
5. Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, ABl vom 2. August 1997, Nr. L 209/1–5	108
6. Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit, ABl vom 2. August 1997, Nr. L 209/6–11	117
7. Tarifvertrag über die Umstellung währungsrelevanter Tarifvertragsbestimmungen im Rahmen des Währungs- übergangs von D-Mark auf Euro (TV-Euro) vom	

30. Juni 1998, abgeschlossen zwischen den Arbeit- gebernverbänden der Metallindustrie und der IG Metall	127
Literaturverzeichnis	131
Stichwortverzeichnis	135

Abkürzungsverzeichnis

ABl	Amtsblatt
Abs.	Absatz
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DÜG	Diskontsatz-Überleitungs-Gesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
Fn.	Fußnote
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
S.	Seite
VO	Verordnung
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WSI-Mitt.	Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht

I. Der Euro – das unbekannte Wesen

1. Der Fahrplan

Ab 1. 1. 1999 wird die Bundesrepublik Teil von »Euroland«. Zusammen mit zehn weiteren Mitgliedstaaten der EU bildet sie eine Währungsunion. Die D-Mark kann zwar noch drei Jahre lang als Zahlungsmittel Verwendung finden, doch ist sie nichts anderes mehr als eine »Untergliederung« der neuen Währung: des Euro.

Der Umrechnungskurs wird erst am 1. 1. 1999 verbindlich festgelegt; er wird irgendwo zwischen DM 1,90 und DM 1,95 für einen Euro liegen. Er wird fünf Stellen hinter dem Komma besitzen, was nur passionierte Kopfrechner erfreuen dürfte.

Nach dem 31. 12. 2001 wird dann die »Untereinheit DM« aus dem Verkehr gezogen und durch Euroscheine bzw. Cent-Münzen ersetzt. DM-Beträge müssen innerhalb eines halben Jahres umgetauscht werden, was insbesondere für Inhaber von Schwarzgeld (bisweilen auch höflich als »buntes Geld« bezeichnet) einige Probleme aufwerfen kann.

Soviel zu den Äußerlichkeiten. Der Euro trifft uns alle an einem sensiblen Punkt.

2. Die sozialpsychologische Seite der D-Mark

Die D-Mark ist für viele ein Identifikationsobjekt. Mag man sich Reden und Handeln von Regierungsmitgliedern oder Parlamentariern nicht immer gerne zurechnen lassen, mag man die »deutsche Lebensart« (wie sie sich bisweilen im Ausland manifestiert) sogar verspotten – die D-Mark ist so »positiv besetzt«, daß sie gewissermaßen keine Opposition kennt. In vielen Ländern steht sie gleichberechtigt neben dem Dollar; als Deutscher kann man die eigene in die lokale Währung umtauschen, während dies bei Franzosen mit ihrem Franc und erst recht bei den Spaniern mit ihrer Peseta oder bei den Italienern mit ihrer Lira nicht der Fall ist. Ohne D-Mark fehlt uns eine »Stütze unseres Selbstbewußtseins«. ¹ Dies gilt insbesondere für die Bürger in den neuen Bundesländern, für die die D-Mark im besonde-

¹ Bender, in: Jörges (Hrsg.), Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion? Hamburg 1998, S. 310.

ren Maße Symbol des Wohlstands war, mit dem sich bisweilen überzogene Erwartungen verbanden.

3. Geld sichert Entscheidungsfreiheit und Einfluß

Neben dieser sozialpsychologischen steht die wirtschaftliche Dimension für den einzelnen wie für die Volkswirtschaft insgesamt. Geld ist in unserer Gesellschaft die entscheidende Voraussetzung, um ein (relativ) selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Verhaltensspielräume steigen mit dem Umfang des Bankkontos und des Wertpapierdepots. Das Bundesverfassungsgericht hat dies mit den Worten »Geld ist geprägte Freiheit« umschrieben.²

Solange die Kaufkraft stabil bleibt, ist es dem Eigentum an Sachgütern sogar überlegen: Diese nutzen sich ab oder kommen aus der Mode, Geld ist demgegenüber »flexibel« und kann seinem Inhaber jederzeit die Güter und Dienstleistungen verschaffen, die er sich aus guten oder weniger guten Gründen gerade wünscht.³

Wer über größere Mengen Geldes verfügt, kann Macht über andere ausüben. Wer die Entwicklung der Währung insgesamt beeinflussen kann, gehört zu den Super-Mächtigen,⁴ auch wenn er keine Krone trägt und nicht mit »Majestät« angesprochen wird. Zu den offiziellen »Steuermännern« zählen die Entscheidungsträger in den Zentralbanken, zu den inoffiziellen und unkontrollierten die Spekulanten, die eine Währung in den Keller bringen wie auch »hochjubeln« können. »Aufwertung« kann dabei für den Export eines Landes eine Katastrophe sein: Beträgt sie auch nur 10 %, belastet sie die Kalkulation der Unternehmen genauso wie eine Lohnerhöhung um 25 %.⁵ Wird ein Land bei »Moody's«, einer privaten amerikanischen Bewertungsagentur, um eine »Note« herabgestuft, kann es für neue Anleihen nur noch dann Käufer finden, wenn es sehr viel höhere Zinsen verspricht. Eine weitere Konsequenz liegt darin, daß Kredite aus dem Ausland teurer werden oder überhaupt nicht mehr zu bekommen sind. Im Klartext heißt dies: Die Wirtschaft des mit schlechter Note versehenen Staates hat entscheidend darunter zu leiden, daß einige wenige ausländische Experten ein bestimmtes Bild von ihr gezeichnet haben. Dieses muß keineswegs immer zutreffen, ja kann im Extremfall manipuliert sein. Doch hier öffnet sich kein Rechtsweg: Das »private« Urteil unterliegt keiner demokratischen oder rechtsstaatlichen Kontrolle.

2 BVerfG, NJW 1998, 1937.

3 Dazu die Überlegungen bei Däubler, Zivilrecht 1, Reinbek 1997, Rn. 1137.

4 Vgl. Biedenkopf, in: Jörges (Hrsg.), aaO, S. 33: »Geldfragen sind Machtfragen«.

5 Ehrenberg, in: Jörges (Hrsg.), aaO, S. 92.

4. Rechtliche Regeln für das Geld

Für den betrieblichen Praktiker wie für den im Arbeitsrecht tätigen Wissenschaftler ist das Währungsrecht in der Regel so etwas wie ein böhmisches Dorf. Auch Wirtschaftsjuristen pflegen sich im Gesellschaftsrecht, im BGB und bisweilen auch im gewerblichen Rechtsschutz auszukennen, doch fällt es schwer, jemanden zu finden, der auch mit dem Bundesbankgesetz vertraut ist oder dem gar die Vorschriften des EG-Vertrags über die Währungsunion geläufig sind. Dies mag damit zusammenhängen, daß unsere Rechtsordnung weithin an »Gegenständen« orientiert ist, an Grundstücken, Büromöbeln, Nahrungsmitteln und Patenten, bei denen am ehesten »Störungen« im Gütertausch (und damit Rechtsfragen) entstehen können. Das im Geld verkörperte »potentielle Haben« scheint demgegenüber sehr viel weniger Probleme zu bereiten. Dies ist im Regelfall auch so; die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Wirtschaftsgut »Geld« läßt sich trotz der Inflation 1923/24 und den damit verbundenen Schwierigkeiten mühelos in einem Aufsatz zusammenfassen.⁶ Nur darf man über der (geringen) Quantität die Qualität nicht vergessen: Der rechtliche Rahmen für Geld und Währung ist nicht weniger wichtig als die politische Ordnung oder die Regeln des Vertragsrechts.

Das Gefühl, daß eine »Megareform« auf uns zukommt, und das gleichzeitige Bewußtsein, sehr wenig über diesen Lebensbereich zu wissen, führt zu viel öffentlichem Interesse an der Euro-Problematik. Wissenschaftliche Analysen, aber auch schlichte Ratgeber schießen wie Pilze aus dem Boden. Allerdings stehen dabei immer die gesamtwirtschaftlichen Aspekte sowie die Umsetzung des Euro im Bereich der Banken und des Gesellschaftsrechts im Vordergrund. Zu den Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und Betriebsräte sind bislang nur einige Aufsätze publiziert worden.⁷ Im folgenden soll diese Lücke ansatzweise geschlossen werden. Im nächsten Abschnitt (II) sollen zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen der Währungsunion als solcher skizziert werden, wobei insbesondere die Festbeschreibung des Stabilitätsziels sowie die Mechanismen ihrer Einführung von Interesse sind. Wenn man diese »Spielregeln« kennt, wird es um einiges leichter sein, die Vorzüge und Nachteile der Währungsunion (unten III) einzuschätzen. Dies ist wichtig, denn immerhin betrug in der deutschen Bevölkerung die Zahl ihrer Gegner im Frühjahr 1998 noch rund zwei Drittel.⁸

6 Gramlich, Reichsbank und Reichswährung in der Rechtsprechung des Reichsgerichts, in: Albrecht Weber (Hrsg.), Währung und Wirtschaft. Das Geld im Recht. Festschrift für Hahn, Baden-Baden 1997, S. 29–49.

7 Siehe etwa Schaub, BB 1998, 1474 mN (Fn. 1).

8 Güllner, in: Jörges (Hrsg.), aaO, S. 134 spricht von »annähernd zwei Dritteln«, Hickel (Standort-Wahn und Euro-Angst, Reinbek 1998, S. 210) teilt mit, Anfang 1998 seien »über 70 %« dagegen gewesen.

Im Anschluß daran soll es um die konkreten Auswirkungen des Euro im Betrieb gehen: Wie werden Löhne und Gehälter umgerechnet, was ist während der Übergangszeit möglich? Welche Rechte stehen den Betriebsräten zu? Einzelheiten dazu unter IV. Schließlich soll auch die Frage angesprochen werden, ob die Einführung des Euro Konsequenzen für die Tarifpolitik haben kann (unten V).

In einem Anhang werden die wichtigsten Rechtsvorschriften des EG-Rechts wie des nationalen Rechts sowie der einschlägige Metalltarifvertrag dokumentiert.

II. Das Recht der Währungsunion

1. Vorgeschichte

Nach dem 2. Weltkrieg gab es fast 25 Jahre lang praktisch auf der ganzen Welt feste Wechselkurse, die allenfalls durch politische Entscheidung geändert werden konnten. Dieses sogenannte System von Bretton Woods⁹ brach nach den Ölpreisschocks 1973/74 zusammen. Die Wechselkurse zwischen den Mitgliedstaaten der (damaligen) EWG ausschließlich dem Markt zu überlassen, hätte das Funktionieren der Gemeinschaft erheblich beeinträchtigen können. Nach einigen Schwierigkeiten wurde deshalb mit Wirkung vom 1. 1. 1979 das sogenannte Europäische Währungssystem (= EWS) geschaffen, das die Wechselkurse für die meisten Mitgliedstaaten in dem Sinne fest schrieb, als sie sich innerhalb einer bestimmten Bandbreite bewegen mußten.¹⁰ Das praktische Funktionieren war indes alles andere als störungsfrei.

Neben dieser eher bescheidenen Maßnahme stand schon frühzeitig der Gedanke, für alle Mitgliedstaaten eine einheitliche Währung zu schaffen. Auf der Pariser Konferenz vom 19.–21. 10. 1972 billigten die Staats- bzw. Regierungschefs das Ziel einer »schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion«, was jedoch ohne konkrete Konsequenzen blieb. Erst in der Präambel der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. 2. 1986¹¹ wurde darauf wieder Bezug genommen. Auch dies war zunächst nicht mehr als eine Deklaration.

Die Situation änderte sich grundlegend mit dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union vom 7. 2. 1992, gemeinhin »Vertrag von Maastricht« genannt.¹² In den Artikeln 102 a bis 109 m sieht der EG-Vertrag in der Maastrichter Fassung eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie die Einführung einer gemeinsamen Währung in drei Stufen vor. Die erste Phase, die bis 31. 12. 1993 dauerte, sollte darin bestehen, daß sich die Mitgliedstaaten in ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik freiwillig aufein-

9 Hierzu siehe Carreau-Flory-Juillard, *Droit international économique*, 3^e édition, Paris 1990, S. 329–336.

10 Einzelheiten bei Ensthaler, *JuS* 1994, 26 ff.

11 BGBl. II S. 1104.

12 BGBl. 1992 II S. 1253. Er ist am 1. 11. 1993 in Kraft getreten (BGBl. 1993 II S. 1947).

anderzubewegten. Die am 1. 1. 1994 beginnende zweite Stufe¹³ war dadurch charakterisiert, daß der Kapital- und Zahlungsverkehr in vollem Umfang liberalisiert wurde und daß sich die Mitgliedstaaten bemühten, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und so inflationäre Entwicklungen einzudämmen. Dritte Stufe ist die am 1. 1. 1999 beginnende Währungsunion zwischen den Ländern, die die sogenannten Konvergenzkriterien erfüllt haben. Von der Möglichkeit eines früheren Übergangs zur dritten Stufe wurde kein Gebrauch gemacht.

Der sogenannte Amsterdamer Vertrag, der am 1. 1. 1999 in Kraft treten soll,¹⁴ behält alle diese Vorschriften bei, ergänzt sie jedoch auf Initiative der französischen Regierung um ein beschäftigungspolitisches Kapitel.¹⁵ Gleichzeitig wurde die Zählung der Artikel geändert; um Mißverständnisse zu vermeiden, wurden im Anhang jeweils beide Nummern genannt (Nr. 1).

Das deutsche Zustimmungsgesetz zum Maastrichter Vertrag war Gegenstand eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Dieses bestätigte die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz, betonte jedoch nachdrücklich, daß sich die Gemeinschaftsorgane an die ihnen ausdrücklich zugewiesenen Einzelkompetenzen halten müßten; andernfalls würden ihre Entscheidungen keinerlei Verbindlichkeit entfalten.¹⁶ Auch die sehr eingehend begründete Verfassungsbeschwerde gegen die bevorstehende Zustimmung der Bundesregierung zur Einführung des Euro¹⁷ blieb im Ergebnis ohne Erfolg. Mit der Währungsunion sei – so das Bundesverfassungsgericht – kein über den Maastrichter Vertrag hinausgehender Souveränitätsverlust verbunden, weshalb das Recht auf demokratische Mitentscheidung nach Artikel 38 Absatz 1 GG nicht verletzt sein könne. Zwar schütze Artikel 14 Abs. 1 GG auch das Geldvermögen als »Eigentum«, doch ergebe sich daraus kein Anspruch auf Vornahme oder Unterlassung bestimmter währungspolitischer Maßnahmen.¹⁸ In der Literatur war dieses Resultat mit guten Gründen vorausgesagt worden.¹⁹

13 Das Datum ergibt sich aus Artikel 109 e Absatz 1 EGV.

14 Wiedergegeben in ABI vom 10. 11. 1997, C 340/1 ff.

15 Artikel 125 ff. (ABI vom 10. 11. 1997, C 340/235 ff.). Abgedruckt im Anhang unter Nr. 1.

16 BVerfGE 89, 155 ff.

17 Hankel-Nölling-Schachtschneider-Starbatty, Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß, Reinbek 1998.

18 BVerfG, NJW 1998, 1934 ff.

19 Zuck-Lenz, NJW 1998, 1119.

2. Die rechtlichen Regeln für den Start der Währungsunion

a. Die Konvergenzkriterien

Als »Kandidaten« für die Währungsunion kamen von vornherein nur solche Mitgliedstaaten in Betracht, die die Gewähr für eine stabile Währung boten. Gemäß Artikel 109 j Abs. 1 EG-Vertrag bemißt sich dies nach vier Kriterien: Hoher Grad an Preisstabilität, Finanzlage der Öffentlichen Hand, Einhaltung der Wechselkurse im EWS während der letzten zwei Jahre und niedriges Zinsniveau. Einzelheiten sind im Protokoll zu diesen sogenannten Konvergenzkriterien²⁰ sowie in weiteren, vom Rat erlassenen Vorschriften enthalten. Im Vordergrund stand insbesondere, daß das Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts und die öffentliche Verschuldung insgesamt nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen durften. Allerdings waren auch insoweit Beurteilungsspielräume eingebaut, so daß nicht jede Abweichung zur »Untauglichkeit« für die Währungsunion führte.²¹

Gescheitert ist an diesen Kriterien (vorläufig) nur Griechenland. Großbritannien, Dänemark und Schweden blieben der Währungsunion aus anderen Gründen fern. Der Euro wird deshalb ab 1. 1. 1999 außer in Deutschland in Frankreich, den drei Beneluxländern, Österreich sowie in Italien, Spanien und Portugal gelten. Aus der Nordhälfte sind lediglich die Republik Irland und Finnland mit von der Partie. Wann eine Erweiterung stattfinden wird, ist derzeit noch nicht abzusehen; entscheidend wird die Attraktivität der neuen Währung sein.

Die Konvergenzkriterien orientierten sich ausschließlich am Gedanken der Währungsstabilität, andere Gesichtspunkte wie etwa eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik spielten keine Rolle.²² Auch ist nicht bedacht, daß – wie das Beispiel der deutschen Einheit zeigt – eine erhebliche zusätzliche Verschuldung nicht notwendigerweise zu einer inflationären Entwicklung führen muß.

b. Die Institutionen

Die Europäische Währungsunion verfügt nach deutschem Vorbild über eine unabhängige Zentralbank, EZB genannt.²³ Die nationalen Zentralbanken bleiben bestehen, verfügen jedoch über keine wesentlichen eige-

20 Abgedruckt bei Däubler/Kittner/Lörcher, Internationale Arbeits- und Sozialordnung, 2. Auflage, Köln 1994, S. 760 (als Fußnote zu Artikel 109 j EG-Vertrag). Darstellung auch in BVerfG, NJW 1998, 1934.

21 Dazu Selmayr, EuZW 1998, 101 ff.

22 Kritisch deshalb zu Recht Hickel, Standort-Wahn und Euro-Angst, S. 226 ff., auch zum folgenden.

23 EZB = Europäische Zentralbank, näheres in Artikel 106 EG-Vertrag.

nen Kompetenzen mehr. Sie bilden zusammen mit der EZB das »ESZB«, d. h. das Europäische System der Zentralbanken. Entscheidungen werden von den Beschlußorganen der EZB, nämlich dem EZB-Rat und dem Direktorium getroffen. Der Rat besteht aus je einem Vertreter der nationalen Zentralbanken sowie aus den sechs Mitgliedern des Direktoriums. Letzteres besitzt die entscheidende Steuerungsfunktion. Nach erheblichen Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich einigten sich die Staats- und Regierungschefs der zur Währungsunion gehörenden Mitgliedstaaten am 26. 5. 1998 über die Besetzung des Direktoriums.²⁴ Danach wurden ernannt:

1. Wim Duisenberg zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank für eine Amtszeit von acht Jahren,
2. Christian Noyer zum Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank für eine Amtszeit von vier Jahren,
3. Otmar Issing zum Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank für eine Amtszeit von acht Jahren,
4. Tommaso Padoa-Schioppa zum Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank für eine Amtszeit von sieben Jahren,
5. Eugenio Domingo Solos zum Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank für eine Amtszeit von sechs Jahren,
6. Sirkka Härmäläinen zum Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank für eine Amtszeit von fünf Jahren.

Die Ernennungen wurden ab 1. 6. 1998 wirksam. Die auf acht Jahre fixierte Amtszeit des Präsidenten wird möglicherweise durch einen informell abgesprochenen vorzeitigen Rücktritt zugunsten eines französischen Nachfolgers unterlaufen.

Die Mitglieder der Beschlußorgane sind unabhängig und an keinerlei Weisungen gebunden. Eine Wiederernennung nach abgelaufener Amtszeit ist nicht zulässig (Artikel 109 a Abs. 2 EG-Vertrag), um so von vornherein »ein Anpassungsverhalten« gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Nach Artikel 109 c Abs. 2 EG-Vertrag besteht ein »Wirtschafts- und Finanzausschuß«, der die wirtschaftliche und währungspolitische Entwicklung analysiert sowie gegenüber Kommission und Rat Beratungsaufgaben wahrnimmt.

c. Die Euro-Verordnungen

Die Regelung des Übergangs von den nationalen Währungen zum Euro war insofern nicht ganz einfach, als Artikel 109 Abs. 4 Satz 3 EG-Vertrag als die eigentliche Rechtsgrundlage für alle Einzelregelungen voraussetzt, daß die an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten bereits feststehen, weil nur sie zur Entscheidung befugt sind. Da der Rat diese Entscheidung erst Anfang Mai 1998 treffen sollte und auch tatsächlich traf,

²⁴ Der Beschluß ist wiedergegeben im ABl vom 28. 5. 1998, Nr. L 154/33.

schien der Zeitraum für die Regelung aller Fragen etwas kurz zu sein. Man zog deshalb einige allgemeine Bestimmungen zeitlich vor und erließ am 17. 6. 1997 die Verordnung »über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro«.²⁵ Sie wird im folgenden aus Vereinfachungsgründen als »VO I« bezeichnet und ist im Anhang unter Nr. 2 abgedruckt. Sie stützt sich auf Artikel 235 EG-Vertrag.²⁶

Nachdem die Entscheidung über die Teilnehmerstaaten gefallen war, erließ der aus den »Währungsunions-Mitgliedstaaten« bestehende Rat am 3. 5. 1998 die Verordnung »über die Einführung des Euro«.²⁷ Sie wird im folgenden als »VO II« bezeichnet und ist im Anhang unter Nr. 3 abgedruckt. Sie ist unmittelbar auf Artikel 109 1 Abs. 4 Satz 3 EG-Vertrag gestützt.

Die VO I verweist in ihrer Präambel ausdrücklich auf die Notwendigkeit, frühzeitig Rechtssicherheit für Bürger wie für Unternehmen zu schaffen und so eine optimale Vorbereitung auf die Währungsunion zu ermöglichen. Sie legt insbesondere die sogenannte Vertragskontinuität fest, also den Grundsatz, daß die Ersetzung der nationalen Währung durch den Euro bestehende Verpflichtungen in keiner Weise berührt (Artikel 3). Weiter ist die Art der Umrechnung geregelt (Artikel 4). Danach werden die Kurse mit »sechs signifikanten Stellen« festgelegt, und zwar in dem Sinne, daß die Anzahl der einem Euro entsprechenden nationalen Einheiten fixiert wird. Dies bedeutet im Falle der Bundesrepublik, daß der Umrechnungskurs fünf Stellen hinter dem Komma aufweisen wird. Ab- oder aufrunden ist dabei nicht erlaubt. Anders beim Resultat: Der sich ergebende Eurobetrag wird nach Artikel 5 auf den nächstliegenden Cent auf- oder abgerundet.

Die VO II regelt alle anderen Grundsatz- und Einzelfragen. Dazu gehört etwa die in ihrem Artikel 3 getroffene Festlegung, daß der Euro am 1. 1. 1999 an die Stelle der Währungen der teilnehmenden Mitgliedstaaten tritt. Die Artikel 5 bis 9 enthalten die Regeln für die Übergangszeit bis 31. 12. 2001. Wichtig ist etwa das Wahlrecht des Schuldners, bei Überweisungen und anderen bargeldlosen Zahlungen nach seiner freien Entscheidung entweder in Euro oder in nationaler Währung zu leisten (Artikel 8 Abs. 3). Auch läßt Artikel 8 Absatz 6 die Aufrechnung zwischen einer (z. B.) auf DM und einer auf Euro lautenden Forderung zu. Nach Artikel 10 werden ab 1. 1. 2002 Euro-Banknoten in Umlauf gebracht; das Monopol hierfür liegt bei der EZB. Zum selben Zeitpunkt geben die Mitgliedstaaten innerhalb des von der EZB vorgesehenen Rahmens Euro-Münzen aus (Artikel 11).

Nach Ablauf der Übergangszeit werden alle Bezugnahmen in nationalen Vorschriften auf nationale Währungen durch solche auf den Euro ersetzt. Dasselbe gilt für Verträge und andere »Rechtsinstrumente«. Im Umlauf

²⁵ ABl vom 19. 6. 1997, Nr. L 162/1.

²⁶ Zur Angreifbarkeit dieser Rechtsgrundlage siehe von Borries/Replinger-Hach, EuZW 1996, 495.

²⁷ ABl vom 11. 5. 1998, Nr. L 139/1.

Das Recht der Währungsunion

befindliche Banknoten und Münzen gelten nur noch bis zu höchstens sechs Monaten weiter.

d. Das Euro-Einführungsgesetz

Die beiden Euro-Verordnungen der EG gelten nach Artikel 189 Abs. 2 EG-Vertrag unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. Dies bedeutet, daß sich jedermann auf ihre Bestimmungen berufen und notfalls auf dieser Grundlage Ansprüche geltend machen kann. Entsprechendes gilt von der Auferlegung von Pflichten.

Wie der eben gegebene Überblick gezeigt hat, sind durch die Verordnungen keineswegs alle Fragen geregelt. Dies gilt etwa für »glatte« Beträge, wie wir sie z. B. für das Mindestkapital einer GmbH (50 000,00 DM) oder einer AG (100 000,00 DM) haben. Sollen insoweit in Zukunft »krumme« Euro-Beträge gelten? Sollen alle Gesellschaften zu einer Umstellung ihres Stamm- bzw. Grundkapitals verpflichtet sein oder soll es auch noch im Jahre 2010 aus Gründen der Nostalgie (oder um die Kosten einer Satzungsänderung zu vermeiden) Kapital in DM geben können? Eine andere Frage betrifft das Prozeßrecht in der Übergangszeit: Soll es möglich sein, einen Mahnbescheid statt in D-Mark auch in Euro zu beantragen? Oder wichtiger: § 3 Satz 2 Währungsgesetz macht die Vereinbarung einer Indexklausel, die die Höhe einer Geldforderung an die Inflationsrate koppelt, von der Genehmigung der Bundesbank abhängig. Soll es hierfür eine Nachfolgeregelung geben? Fragen dieser Art sind im Euro-Einführungsgesetz (übliche Abkürzung: Euro-EG) geregelt, das im Anhang unter Nr. 4 abgedruckt ist. Soweit seine Bestimmungen auch im Arbeitsrecht von Bedeutung sind, werden sie im einzelnen unter IV behandelt.²⁸

3. Die rechtlichen Regeln für das Funktionieren der Währungsunion

Die Erfüllung der Konvergenzkriterien zu einem bestimmten Zeitpunkt bietet keine Garantie dafür, daß nicht ein Mitgliedstaat in der Zukunft seine Politik ändert und beispielsweise durch ein hohes Maß an öffentlicher Verschuldung eine von den übrigen nicht gewollte inflationäre Entwicklung auslöst. Insoweit genügt es nicht, daß Artikel 106 Abs. 1 Satz 1 EG-Vertrag die Gewährleistung der »Preisstabilität« zum vorrangigen Ziel des ESZB erklärt. Vielmehr müssen weitere Maßnahmen vorgesehen werden, um nationale Alleingänge zu verhindern.

Der Vertrag selbst unterscheidet zwischen der in Artikel 103 geregelten Koordinierung der Wirtschaftspolitik und dem Fall, daß einzelne Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite produzieren; insoweit hält Artikel 104 c EG-Vertrag eine eingehende Regelung bereit.

²⁸ Überblick über das Gesetz bei Dittrich, NJW 1998, 1269 ff.

Die rechtlichen Regeln für das Funktionieren der Währungsunion

a) Wirtschaftspolitik

Nach Artikel 103 EG-Vertrag werden Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten auf Gemeinschaftsebene erarbeitet, jedoch nicht verbindlich gemacht: Der Rat kann nach Absatz 2 und Absatz 3 dieser Bestimmung lediglich eine Empfehlung beschließen. In der darauffolgenden Zeit überwacht er die weitere Entwicklung; bei Verletzung der Grundzüge oder bei einer Gefährdung des ordnungsgemäßen Funktionierens der Wirtschafts- und Währungsunion kann er erneut Empfehlungen aussprechen und diese ggf. veröffentlichen.

b) Öffentliche Verschuldung

Im Bereich der Haushaltspolitik wird Artikel 104 c EG-Vertrag sehr viel konkreter. Die Kommission überwacht nach Absatz 2 dieser Bestimmung insbesondere, ob die Neuverschuldung im Haushalt einen bestimmten Referenzwert überschreitet und ob dies auch für die öffentlichen Schulden insgesamt der Fall ist. Besteht Grund zu einer Beanstandung, so erstellt die Kommission einen Bericht. Außerdem legt sie dem Rat eine Stellungnahme vor, wenn ein übermäßiges Defizit vorhanden ist oder sich ergeben könnte.

Der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit darüber, ob ein übermäßiges Defizit im Sinne der eben genannten Kriterien besteht. Bejaht er dies, so richtet er an den betreffenden Mitgliedstaat Empfehlungen mit dem Ziel, die eingetretene Situation »innerhalb einer bestimmten Frist« zu ändern. Bleibt dies ohne Erfolg, können die Empfehlungen veröffentlicht werden (Artikel 104 c Abs. 7 und 8 EG-Vertrag).

Leistet der Mitgliedstaat den Empfehlungen weiterhin nicht Folge, kann ihn der Rat »in Verzug setzen« und auffordern, innerhalb einer bestimmten Frist Maßnahmen zum Defizitabbau zu treffen.

Ist auch dies erfolglos geblieben, dürfen nach Artikel 104 c Abs. 11 EG-Vertrag Sanktionen verhängt werden. Diese können insbesondere darin bestehen, daß von dem Mitgliedstaat eine unverzinsliche Einlage in angemessener Höhe verlangt oder daß ihm eine Geldbuße auferlegt wird.

Insbesondere die Bundesregierung sah in diesen Bestimmungen keine ausreichende Gewähr dafür, daß die Währungsstabilität auch für die Zukunft gesichert sei.²⁹ Sie befürwortete insbesondere einen Automatismus zwischen der Verletzung währungspolitischer Disziplin und der Verhängung von Sanktionen. Angesichts der nicht ohne weiteres abänderbaren Vertragsbestimmungen ließ sich dies nicht realisieren. Statt dessen kam es am 17. 6. 1997 zu einem »Stabilitäts- und Wachstumspakt«, der eine Reihe politischer (nicht einklagbarer) Verpflichtungen der Gemeinschaftsorgane und der Mitgliedstaaten enthält.³⁰ Gleichzeitig wurden die Artikel 103 und

²⁹ Näher dazu die Darstellung bei Hahn, JZ 1997, 1134.

³⁰ Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt, ABl vom 2. 8. 1997, Nr. C 236/1.

104 c EG-Vertrag durch zwei Verordnungen konkretisiert, die insbesondere das Verfahren schneller und wirksamer machen sollen.

c) Insbesondere: Die VO III

Die Verordnung »über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken« vom 7. 7. 1997³¹ sieht u. a. vor, daß die an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten jährlich bis zum 1. März dem Rat und der Kommission ein »Stabilitätsprogramm« vorlegen, das – so Artikel 3 Abs. 1 der Verordnung – »eine wesentliche Grundlage für Preisstabilität und für ein starkes, nachhaltiges und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderliches Wachstum bildet.« Der Inhalt ist im einzelnen durch Artikel 3 Abs. 2 der Verordnung vorgeschrieben. Das Stabilitätsprogramm wird innerhalb von zwei Monaten überprüft; erweist es sich als ungenügend oder wird später von ihm abgewichen, kann der Rat entsprechende Empfehlungen formulieren. Mitgliedstaaten, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, haben sogenannte Konvergenzprogramme zu erstellen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus dem im Anhang unter Nr. 5 abgedruckten Text der Verordnung; aus Vereinfachungsgründen wird sie als »VO III« bezeichnet.

d) Insbesondere: Die VO IV

Die gleichfalls am 7. 7. 1997 erlassene Verordnung »über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit«³² effektiviert das Verfahren des Artikel 104 c EG-Vertrag insbesondere dadurch, daß sie für die einzelnen Schritte bestimmte Fristen vorschreibt. Außerdem sind in ihren Artikeln 11 bis 16 die Sanktionen näher geregelt, die nach Artikel 104 c Abs. 11 EG-Vertrag verhängt werden können. Hervorzuheben ist insbesondere, daß sich die unverzinsliche Einlage aus einer festen Komponente in Höhe von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts und einer variablen Komponente zusammensetzt, die 1/10 des Betrages ausmacht, um den der Grenzwert von 3 % bei der Neuverschuldung überschritten ist. Beträgt etwa das Bruttoinlandsprodukt eines großen Mitgliedstaats 2 Billionen Euro, so würden 0,2 % einen Betrag von 4 Milliarden Euro ausmachen. Werden die notwendigen Maßnahmen getroffen, wird die Einlage wieder zurückbezahlt. Ist dies nicht der Fall, wird sie in eine Geldbuße verwandelt, die gemäß Artikel 15 auch bei späterem »Wohlverhalten« nicht mehr zurückerstattet wird.³³

Die Verordnung ist im Anhang als Nr. 6 abgedruckt; aus Vereinfachungsgründen wird sie als »VO IV« bezeichnet.

31 ABl vom 2. 8. 1997, Nr. L 209/1.

32 ABl vom 2. 8. 1997, Nr. L 209/6.

33 Zu weiteren Einzelheiten der Regelung siehe Hahn, JZ 1997, 1136 ff.

III. Vorzüge und Risiken der Währungsunion

Die sehr umfangreiche Diskussion über Nutzen und Nachteil des Euro kann hier nicht in allen Facetten nachgezeichnet werden. In der alltäglichen Auseinandersetzung spielen bestimmte Argumente eine dominierende Rolle; auf sie soll das Schwergewicht gelegt werden.

1. Vorzüge

Die Währungsunion führt einmal dazu, daß die Verbraucherpreise in den Teilnehmerländern vergleichbarer werden. Während es für Unternehmen schon bisher keine Probleme bereitete, die preiswerteste Einkaufsvariante in der Gemeinschaft zu ermitteln, ist dies beim Konsumenten eher die Ausnahme. Höhere Preise in bestimmten Ländern werden sich daher möglicherweise einem Anpassungsdruck ausgesetzt sehen. Auch fallen für den einzelnen der Zeitaufwand und die Unkosten weg, die mit einem Geldumtausch verbunden sind.³⁴

Zum zweiten kann der Euro zu einer »Leitwährung« ähnlich dem US-Dollar werden. Dies hat zur Folge, daß ausländische Zentralbanken, aber auch Großunternehmen Währungsreserven in Euro anlegen. Dies kann ein Beitrag zur Stabilität sein (könnte aber auch zu einer Überbewertung führen, der den Export in Drittstaaten belastet).

Dritter und wesentlichster Vorteil ist aus Sicht der deutschen Wirtschaft der Wegfall von Aufwertungsrisiken im Verhältnis zu den übrigen Teilnehmerländern. Dies betrifft rund die Hälfte des bisherigen deutschen Exports.³⁵ Produktivitätsfortschritte können so voll auf die Preisgestaltung durchschlagen; der Einsatz modernerer Technik und eine bessere Arbeitsorganisation können dazu führen, daß Marktanteile hinzugewonnen werden. Erscheinungen wie die, daß VW durch die Abwertung der Lira im Jahre 1995 beim Modell »Golf« in Italien eine Umsatzeinbuße von 60 % erlitt und bei jedem gleichwohl noch verkauften Stück 2000,00 DM »drauflegen« mußte,³⁶ gehören nunmehr der Vergangenheit an. Ausgeschlossen ist insoweit insbesondere auch eine künstliche Verzerrung der

34 Siehe Hickel, aaO, S. 233.

35 Issing, Von der D-Mark zum Euro, Tübingen 1998, S. 26.

36 Mitgeteilt bei Riester, in: Jörges (Hrsg.), aaO, S. 305.

Wechselkurse durch Währungsspekulation. Auf der anderen Seite ist zu beachten, daß Schwankungen im Verhältnis zum Dollar und den Währungen des ostasiatischen Raumes keineswegs ausgeschlossen sind; der Handel mit Ländern außerhalb der Euro-Zone bleibt daher weiterhin für Währungsturbulenzen anfällig.³⁷

Schließlich macht der sehr viel kleiner gewordene Anteil des Außenhandels eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik wieder möglich. Unter den bisherigen Bedingungen bestand die Gefahr, daß eine Stärkung der Nachfrage durch Erhöhung der Staatsausgaben oder durch Steigerung der (Mindest-)Löhne vorwiegend zur Ausweitung der Importe führte, jedoch kaum neue Arbeitsplätze im Inland schuf. Anders dann, wenn 90 % aller Angebote aus dem »Euro-Inland« kommen; eine Ankurbelung der Nachfrage führt hier dazu, daß die Nachfrage vorwiegend durch Waren und Dienstleistungen aus dem eigenen Bereich befriedigt wird und dort neue Arbeitsplätze schafft. Die europäischen Instanzen haben so potentiell sehr viel größere Gestaltungsspielräume als eine nationale Regierung.³⁸

2. Risiken und Nachteile

Die EZB ist anders als z. B. die Deutsche Bundesbank nicht an Vorgaben demokratisch legitimierter politischer Instanzen gebunden. Während etwa § 12 Bundesbankgesetz in der bisher geltenden Fassung bestimmte, die Bank sei verpflichtet, »unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen«, sucht man im EG-Vertrag vergeblich nach einer vergleichbaren Vorschrift. Die EZB ist vielmehr allein an relativ abstrakte inhaltliche Vorgaben gebunden; nur soweit diese evident verlassen wären, käme eine Korrektur durch den Europäischen Gerichtshof in Betracht.³⁹ Artikel 109 Abs. 1 EG-Vertrag ordnet dabei den absoluten Vorrang der Preisstabilität an. Nur soweit dieses Grundprinzip gewahrt bleibt, verfolgt die Bank die in Artikel 2 EG-Vertrag niedergelegten allgemeinen Ziele der Gemeinschaft. Zu diesen zählen dann u. a. »harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens«, »ein beständiges, nichtinflationäres und umweltverträgliches Wachstum« sowie ein »hohes Beschäftigungsniveau« und ein »hohes Maß an sozialem Schutz«.

Zu diesem hohen Grad an Autonomie kommt hinzu, daß die demokratische Legitimation eine höchst »verdünnte« ist, da die Bestellung der Mitglieder des Direktoriums im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten (und nicht etwa durch eine parlamentarische Instanz) erfolgt. Die in Artikel 107 EG-Vertrag niedergelegte sachliche Unabhängig-

37 Issing, aaO, S. 28.

38 Vgl. U. Beck in: Jörges (Hrsg.), aaO S. 22: Möglichkeit, den Vorrang der Politik wiederherzustellen.

39 Zur Justitiabilität in diesem Bereich siehe Selmayr, EuZW 1998, 101 ff.

keit rundet das Bild ab. Obwohl das Geld für unsere wirtschaftliche Existenz von ganz zentraler Bedeutung ist, besteht insoweit de facto eine Expertokratie, keine Demokratie. Daraus darf man allerdings nicht den Schluß ziehen können, dies würde notwendigerweise die Qualität der Entscheidungen beeinträchtigen – nur muß man sich im klaren darüber sein, daß das Volk beim Geld nicht mitzubestimmen hat. Das künftige Europa wird – um eine Redewendung Joschka Fischers aufzugreifen – um eine Bank herum aufgebaut⁴⁰, die demokratischen Sektoren haben noch Nachholbedarf.

Eine zweite wesentliche Problematik kommt hinzu. Eine Politik des absoluten Vorrangs der Geldwertstabilität verhindert weithin kreditfinanzierte Beschäftigungsinitiativen auf der Ebene der Gemeinschaft wie der Mitgliedstaaten. Auch wenn sich wie im Fall der deutschen Einheit durch zusätzliche Staatsverschuldung keinerlei inflationäre Entwicklung ergeben würde, ist ein entsprechendes Verhalten nationaler Regierungen angesichts der im Gemeinschaftsrecht festgeschriebenen »Haushaltsdisziplin«⁴¹ ausgeschlossen. Diese rechtliche Festlegung treibt eine im Gemeinschaftsrecht angelegte Grundsatzentscheidung auf die Spitze, die sich an verschiedenen anderen Stellen wiederfindet. So bestimmt etwa Artikel 3 a Abs. 1 EG-Vertrag, daß die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft »dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.« Auch Artikel 102 a Satz 2 EG-Vertrag sieht vor, daß die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft »im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« handeln. Das in den Artikeln 92 ff. EG-Vertrag niedergelegte generelle Subventionierungsverbot sowie die extensive Auslegung etwa der Warenverkehrsfreiheit oder der Dienstleistungsfreiheit, die jede (und nicht nur die den EG-Ausländer diskriminierende) Beschränkung grundsätzlich verbieten,⁴² weisen in dieselbe Richtung. Die wirtschaftsverfassungsrechtliche Neutralität des Grundgesetzes, die vom Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung hervorgehoben wird,⁴³ findet auf der Ebene der Gemeinschaft keine Entsprechung mehr. Dies bedeutet, daß jede staatliche Aktivität zugunsten von mehr Beschäftigung gewissermaßen als Ausnahme der besonderen Rechtfertigung bedarf. Sie muß im Vertrag zumindest angedeutet sein.

Was den hier besonders interessierenden Bereich der Beschäftigungspolitik betrifft, so kommt das neue Kapitel über »Beschäftigung« (Artikel 125 ff. nach der Amsterdamer Fassung) über eine Koordinierung und die Abgabe von Empfehlungen nicht hinaus. Immerhin verlangt Artikel 127 Abs. 2, daß das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus bei der Festlegung

40 Zitiert bei U. Beck (oben Fn. 38), S. 22.

41 Siehe die Darstellung oben II 3.

42 Siehe etwa zur Dienstleistungsfreiheit EuGH, EuZW 1991, 542; zur Warenverkehrsfreiheit EuGH, EuZW 1993, 770.

43 Siehe etwa BVerfGE 50, 290 ff.

und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen berücksichtigt wird. Damit lassen sich – ebenso wie unter Rückgriff auf Artikel 117 EG-Vertrag – wenigstens einzelne Maßnahmen und Maßnahmenbündel legitimieren, sofern nicht das alles überragende Ziel der Geldwertstabilität in Frage gestellt wird.

Ein weiteres Defizit liegt schließlich darin, daß keine ausreichenden Mechanismen vorgesehen sind, um regionale Disparitäten auszugleichen. Die oben als »Vorteil« verbuchte Tatsache, daß sich ein stärkerer Produktionszuwachs einzelner Unternehmen in höheren Marktanteilen niederschlägt, hat seine Kehrseite: Sind – wofür vieles spricht – die »Gewinner« vorwiegend in Deutschland, Frankreich, Österreich und Norditalien angesiedelt, so wird sich der Abstand zu den übrigen Regionen verstärken. Als Ausgleich stehen lediglich bestimmte Fonds der Gemeinschaft zur Verfügung, die schon unter den heutigen Bedingungen allenfalls eine Vergrößerung des bestehenden Gefälles zu verhindern vermögen; einen durch die Währungsunion verstärkten Kompensationsbedarf können sie nicht befriedigen. Ein Finanzausgleich wie in der Bundesrepublik besteht nicht – ganz abgesehen davon, daß dieser auch nach einer Praxis von rund 50 Jahren keineswegs zur Zufriedenheit aller Beteiligten funktioniert.⁴⁴ Insofern bietet die Währungsunion Sprengstoff, für dessen Entschärfung bisher noch keine überzeugenden Mittel angeboten werden.⁴⁵

⁴⁴ Näher zu dem übergeordneten Prinzip der Einheit der Lebensverhältnisse siehe Däubler, in: Däubler-Gmelin, Kinkel u. a. (Hrsg.), Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit, Festschrift für Mahrenholz, Baden-Baden 1994, S. 455 ff.

⁴⁵ Das Problem ist benannt bei Issing, aaO, S. 27.

IV. Die Umsetzung des Euro im Betrieb

Auf der Mikroebene des einzelnen Betriebs und Unternehmens wirkt die Umstellung von D-Mark auf Euro eine Reihe praktischer Probleme auf, die durch EG-Recht, aber auch durch nationales Recht meist relativ eindeutig geregelt sind. Für einen Betriebsrat sind Informationen darüber auch dann von Nutzen, wenn er bei einzelnen Fragen kein Mitbestimmungsrecht besitzt; in solchen Fällen kann er sich jedenfalls auf § 80 Absatz 1 Nr. 1 BetrVG berufen, wonach er über die Einhaltung von Gesetzen und anderen Rechtsnormen zu wachen hat.

1. Der Fortbestand der Verträge

Nach Artikel 3 VO I bleiben »Rechtsinstrumente«, insbesondere Verträge, trotz Einführung des Euro bestehen; niemand kann sich insoweit auf einen Wegfall der Geschäftsgrundlage berufen.⁴⁶ Diese sogenannte Vertragskontinuität ist schon deshalb geboten, weil keine wesentliche Wertverschiebung stattfindet. Bei sehr viel größeren Umbrüchen wie bei der Herstellung der Währungsunion mit der DDR oder bei der deutschen Einheit ist man im übrigen nicht anders verfahren.⁴⁷

2. Vertragsabschlüsse während der Übergangszeit

Wird zwischen dem 1. 1. 1999 und dem 31. 12. 2001 ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen, so können die Beteiligten frei vereinbaren, ob Geldleistungen in D-Mark oder in Euro zu erbringen sind.⁴⁸ Angesichts der ein für allemal feststehenden Umrechnungskurse sind Benachteiligungen des schwächeren Teils, d. h. des Arbeitnehmers, im Regelfall nicht zu gewärtigen.

⁴⁶ Bauer-Diller, NZA 1997, 740.

⁴⁷ Siehe zur deutschen Einheit Artikel 232 § 5 Abs. 1 EGBGB.

⁴⁸ Artikel 8 Abs. 1 u. 2 VO II; siehe weiter Däubler, Das Arbeitsrecht 2, 11. Auflage, Reinbek 1998, Rn. 803.

3. Bargeldloser Zahlungsverkehr während der Übergangszeit

Während Barzahlungen bis zur Ausgabe von Euro-Noten zum 1. 1. 2002 nur in D-Mark erfolgen können, besitzt der Schuldner bei bargeldloser Zahlung nach Artikel 8 Abs. 3 Satz 1 VO II ein Wahlrecht: Er kann nach seiner individuellen Vorliebe einen D-Mark- oder einen Eurobetrag überweisen bzw. einen entsprechenden Scheck übersenden. Dies gilt selbstredend auch für einen Arbeitgeber, der Lohn und Gehalt bzw. sonstige Zahlungen schuldet. Eine Ausnahme ist nur dann anzunehmen, wenn die Parteien ausdrücklich das Gegenteil vereinbart, also insbesondere eine Zahlung in Euro verbindlich vorgesehen haben.⁴⁹ Das Wahlrecht gilt ohne Rücksicht darauf, ob das Konto des Arbeitgebers auf D-Mark oder auf Euro lautet. Hat er die Benennung der Einheit vergessen, muß die Bank nachfragen, was gemeint ist,⁵⁰ es sei denn, das Gewollte würde sich eindeutig aus sonstigen Umständen ergeben.

Dem Arbeitnehmer wird der überwiesene oder durch Scheck übermittelte Betrag in der Einheit gutgeschrieben, in der sein Konto geführt wird.⁵¹

Will der Arbeitnehmer sein Konto von D-Mark auf Euro umstellen, so kann er dies in Abstimmung mit der Bank jederzeit tun.⁵² Die dadurch ggf. entstehenden Kosten gehen zu seinen Lasten.⁵³ Entstehen später höhere Kontoführungsgebühren, sind auch diese vom Arbeitnehmer zu tragen,⁵⁴ es sei denn, durch Tarifvertrag oder durch Einigung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber sei etwas Abweichendes vereinbart worden.⁵⁵

Die Kreditinstitute haben schon 1996 eine Rahmenvereinbarung getroffen, wonach der Überweisungsverkehr immer »doppelspurig«, d. h. in D-Mark und in Euro erfolgt.⁵⁶

4. Umrechnungs- und Rundungsprobleme

Die bisher vereinbarten (oder sich aus den Vereinbarungen ergebenden) DM-Beträge sind nach dem offiziellen Kurs in Euro umzurechnen, sofern der Arbeitgeber in Euro bezahlen will oder der Arbeitnehmer ein Euro-Gehaltskonto besitzt. Dabei wird der Kurs gemäß Artikel 4 VO I mit fünf Stellen hinter dem Komma zugrunde gelegt. Der sich ergebende Euro-

49 Natzel, DB 1998, 366.

50 Rehbein, WM 1998, 1004.

51 Artikel 8 Abs. 3 Satz 2 VO II; dazu Schaub, BB 1998, 1475.

52 Rehbein, WM 1998, 1003.

53 Schaub, BB 1998, 1477.

54 Vgl. BAG, NJW 1977, 919.

55 Zum Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 4 BetrVG siehe unten 9.

56 Die Rahmenvereinbarung ist dokumentiert in WM 1996, 1752.

Betrag wird bis auf zwei Stellen hinter dem Komma auf- oder abgerundet. Liegt das Ergebnis genau in der Mitte, so wird aufgerundet.

Beispiel: Unterstellt, der am 1. 1. 1999 festgesetzte Umrechnungskurs für einen Euro betrage 1,93275 DM. Arbeitnehmer A verfügt über ein Nettoeinkommen von 2562,00 DM, das zunächst weiter in D-Mark ausbezahlt werden soll. Um den Anschluß an die neue Zeit nicht zu verlieren, hat A jedoch ein Euro-Girokonto eröffnet und den Arbeitgeber gebeten, die DM 2562,00 dorthin zu überweisen. Nun muß man den Taschenrechner bemühen. Der Euro-Betrag ergibt sich dadurch, daß man 2562,00 DM durch 1,93275 teilt. Ergebnis ist ein Betrag von 1325,57237097 Euro. Er wird auf 1325,57 Euro abgerundet. Hätte sich (bei einem anderen Umrechnungskurs) ein Betrag von 1325,57500 ergeben, würde man auf 1325,58 Euro aufrunden.

Die Umrechnung ist dem Arbeitnehmer im einzelnen zu erläutern. Dies folgt aus § 82 Abs. 2 BetrVG⁵⁷ und überdies aus einer arbeitsvertraglichen Nebenpflicht.

Den Tarifparteien steht es frei, andere Regeln über das Auf- und Abrunden zu vereinbaren. Der im Anhang unter Nr. 7 abgedruckte Tarifvertrag hat davon allerdings keinen Gebrauch gemacht, sondern in § 3 auf die gesetzliche Regelung verwiesen.

In Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen findet sich bisweilen eine Regelung, wonach eine Aufrundung »auf volle D-Mark« zu erfolgen habe. Natzel⁵⁸ vertritt den Standpunkt, daß mit dem Wegfall der D-Mark als selbständiger Währungseinheit der Rundungsbedarf hinfällig geworden sei. Für eine entsprechende »Glättung« auf Euro-Basis fehle die Rechtsgrundlage, da eine Umdeutung nach § 140 BGB nicht erfolgen könne; auch hätten die Beteiligten eine solche zusätzliche Belastung des Arbeitgebers nicht gewollt. Zutreffend ist dabei nur das letzte Argument, auch dies allerdings nur für den Regelfall. Übersehen ist, daß die Entgeltvereinbarung eine planwidrige Lücke aufweist, da die Einführung des Euro bei der Abfassung des Textes ersichtlich nicht bedacht wurde. Bei der Lückenfüllung ist darauf abzustellen, was die Parteien redlicherweise vereinbart hätten, wäre ihnen die Schaffung einer Währungseinheit gegenwärtig gewesen, die in etwa einen doppelt so hohen Wert wie die D-Mark besitzt. Wenn man nicht ein erhebliches Maß an Großzügigkeit unterstellen will, wird man davon ausgehen können, daß dann eine Rundung auf halbe bzw. volle Euro erfolgt wäre. Dies macht die Beträge leichter handhabbar, ohne der Arbeitgeberseite wirtschaftlich mehr als unter der Herrschaft der D-Mark zuzumuten.⁵⁹

57 Bauer-Diller, NZA 1997, 740; Kaendl, NZA 1998, 843; Schaub, BB 1998, 1475; ähnlich Natzel, DB 1998, 368.

58 DB 1998, 368.

59 Ebenso § 4 Abs. 1 des im Anhang unter Nr. 7 abgedruckten Tarifvertrags.

5. Abführung von Lohnsteuer und Sozialabgaben

Die Finanzminister gingen ebenso wie die Sozialversicherungsträger zunächst davon aus, daß die Berechnung der Lohnsteuer wie der Sozialabgaben weiterhin in D-Mark zu erfolgen habe.⁶⁰ Dies hätte den Übergang zum Euro als universeller Rechnungseinheit im Betrieb erheblich erschwert, obwohl eine Überweisung in Euro nach Artikel 8 Abs. 3 Satz 1 VO II auch der staatlichen Verwaltung gegenüber immer möglich geblieben wäre. Am 8. 6. 1998 beschlossen jedoch die Ministerpräsidenten der Länder, Lohnsteueranmeldungen ab 1. 1. 1999 in Euro zuzulassen. Dasselbe gilt für die Beitragsnachweise gegenüber den Sozialversicherungsträgern, doch ergeben sich bei den Meldungen noch Schwierigkeiten.⁶¹ Den Finanzministern der Länder bleibt es im übrigen überlassen, ob sie für die Zeit ab 1. 1. 1999 Einkommensteuererklärungen auch in Euro akzeptieren wollen. Dies positiv zu entscheiden, wäre höchst wünschenswert, da bei einer »Betriebswährung« Euro der Arbeitnehmer sonst den gesamten Umrechnungsaufwand hätte.

Keine Regelung haben bisher die »Signalbeträge« wie die Grenze für die Sozialversicherung (620,00-DM-Verträge) und die Beitragsbemessungsgrenze erfahren. Bis zur Schaffung neuer »gerader« Beträge ist nach allgemeinen Regeln umzurechnen.

6. Einzelfragen zum Lohn- und Gehaltsanspruch

a. Aufrechnung

Nach Artikel 8 Abs. 6 VO II sind bei Aufrechnungen Forderungen in D-Mark und Euro »gleichartig«. Dies bedeutet beispielsweise, daß der Arbeitgeber gegen den pfändbaren Anteil des auf D-Mark lautenden Entgeltanspruchs mit einer Schadensersatzforderung aufrechnen kann, die er in Euro berechnet.

b. Lohnersatzleistungen

Lohnersatzleistungen können in einen Zeitraum fallen, in dem im Betrieb von D-Mark auf Euro umgestellt wird.

Liegt ein Fall der Entgeltfortzahlung bei Krankheit vor und erfolgt während der Arbeitsunfähigkeit die betriebsinterne Umstellung von D-Mark auf Euro, so wird der Arbeitgeber bis zum Stichtag in D-Mark, anschließend in Euro bezahlen. Insoweit besteht kein Unterschied zwischen »Krankenlohn« und normaler Entgeltzahlung. Das Recht des Arbeit-

⁶⁰ Bauer-Diller, NZA 1997, 739; Schaub, BB 1998, 1475.

⁶¹ Die derzeitige Situation ist dargestellt in EuroInfo (hrsg. von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) Nr. 5/1998 (vom 28. 7. 1998) S. 3.

nehmers, durch die Art seines Kontos zu bestimmen, in welcher Einheit das Geld bei ihm ankommt,⁶² bleibt allerdings unberührt.

Bestimmt sich eine Leistung wie z. B. das gesetzliche Urlaubsentgelt nach dem Referenzperiodenprinzip und erfolgt die Umstellung während des maßgebenden Zeitraums, so sind die gesamten Beträge in Euro umzurechnen.⁶³ Andernfalls müßte eine wenig praktikable Aufspaltung erfolgen.

c. Mahnbescheid

Nach Artikel 2 EuroEG⁶⁴ ist § 688 Abs. 1 ZPO ab 1. 1. 1999 in der Weise geändert, daß der Gläubiger (hier: der Arbeitnehmer) einen Mahnbescheid nach seiner Wahl entweder in D-Mark oder in Euro beantragen kann.⁶⁵ Ob aus einem Euro-Titel in ein DM-Konto vollstreckt werden kann, ist bislang nicht ausdrücklich geregelt. Im Ergebnis kann allerdings kein Zweifel bestehen, daß ein Schuldner sich seinen Verpflichtungen nicht dadurch entziehen kann, daß er sich in D-Mark verklagen läßt, sein Vermögen jedoch im sicheren Euro-Hafen parkt.

7. Langfristige Verbindlichkeiten

Bei Arbeitgeberdarlehen kann der Fall auftreten, daß der zu bezahlende Zins in Abhängigkeit vom Diskontsatz der Deutschen Bundesbank bestimmt ist. Diese Bezugsgröße fällt mit dem 1. 1. 1999 weg. Die Konsequenzen sind im Diskontsatz-Überleitungs-Gesetz (DÜG) geregelt, das sich als Artikel 1 im EuroEG befindet. Danach bleibt es zunächst bei dem am 31. 12. 1998 geltenden Diskontsatz. Dieser wird im Abstand von vier Monaten, erstmals zum 1. 5. 1999 an die neue Bezugsgröße angepaßt. Diese ist nach § 1 Absatz 2 DÜG von der Bundesregierung zu bestimmen, wobei sie dasjenige Steuerungsmittel der EZB auszuwählen hat, das »nach seiner Aufgabe, Änderungshäufigkeit und Wirkungsweise« dem Diskontsatz am ehesten entspricht. Terminologisch wird dem in der Weise Rechnung getragen, daß der so ermittelte Betrag als »Basiszinssatz« bezeichnet wird.⁶⁶ § 4 DÜG stellt im übrigen klar, daß die Gültigkeit der Verträge durch die Neubestimmung der Bezugsgröße für den Zins nicht in Frage gestellt wird. Eine freiwillige Umstellung auf eine andere Größe bleibt selbstredend immer möglich.

Insbesondere bei der betrieblichen Altersversorgung mit Führungskräften finden sich weiter Vereinbarungen, die die zu bezahlenden Beträge »dynamisieren«, d. h. von der allgemeinen Preisentwicklung abhängig machen.

⁶² Siehe dazu oben 3.

⁶³ Natzel, DB 1998, 368; Schaub, BB 1998, S. 1476.

⁶⁴ Vom 9. 6. 1998, BGBl. I S. 1242.

⁶⁵ Schaub, BB 1998, 1476.

⁶⁶ Natzel, DB 1998, 368 unter unzutreffender Bezugnahme auf § 2 DÜG.

Nach bisheriger Rechtslage war nach § 3 Satz 2 Währungsgesetz eine Genehmigung der Deutschen Bundesbank erforderlich, wenn der DM-Betrag »durch den Kurs einer anderen Währung oder durch den Preis oder eine Menge von Feingold oder von anderen Gütern oder Leistungen bestimmt« wurde. In enger Auslegung dieser Vorschrift wurde eine solche Genehmigung dann für entbehrlich gehalten, wenn der Geldbetrag von dem Preis für im wesentlichen gleichartige oder vergleichbare Leistungen abhängig war; eine sogenannte Spannenklausel, die die Versorgungsbezüge z. B. an die eines Rentners knapp unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze koppelte, war auch ohne Genehmigung unbestritten zulässig.⁶⁷

Durch Artikel 9 § 1 EuroEG wurde § 3 des Währungsgesetzes insgesamt aufgehoben. Dadurch entstand allerdings kein »genehmigungsfreier Raum«.⁶⁸ Vielmehr fand § 3 Währungsgesetz eine Nachfolgeregelung in dem gleichfalls durch Artikel 9 EuroEG eingefügten § 2 Preisangaben- und Preisklauselgesetz. Danach wird die bisherige Praxis im Gesetzestext selbst verankert: für die Betroffenen ändert sich daher nichts. Über ggf. erforderliche Genehmigungen entscheidet in Zukunft nicht mehr die Bundesbank, sondern das Bundesministerium für Wirtschaft.⁶⁹

8. Informationsrechte von Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß

Will der Arbeitgeber bei einzelnen oder allen Zahlungen zum Euro übergehen, hat er den Betriebsrat nach § 80 Absatz 2 BetrVG zu informieren.⁷⁰ Nur auf diese Weise wird der Betriebsrat in die Lage versetzt, entsprechend § 80 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG über die Einhaltung des geltenden Rechts zu wachen. Insoweit ergeben sich keine weiteren Probleme, zumal der Arbeitgeber ein eigenes Interesse daran hat, Mißtrauen gegenüber der neuen Währung (die sich in vielen Nachfragen niederschlagen kann) von vornherein auszuschließen.

Was die Informationsrechte des Wirtschaftsausschusses betrifft, so muß ihm selbstredend der Jahresabschluß übermittelt werden. Dieser ist nach § 244 HGB in Zukunft in Euro zu erstellen, doch kann während der Übergangszeit weiter mit D-Mark gerechnet werden.⁷¹ Die Umstellung des Grund- bzw. Stammkapitals bei AG und GmbH ist eingehend in Artikel 3 EuroEG geregelt.⁷² Danach wird die Umstellung auf Euro, insbesondere

67 Einzelheiten zur Handhabung des § 3 Satz 2 Währungsgesetz bei Däubler, Zivilrecht 1, Rn. 1150 ff.

68 Zu den Fragen, die ohne eine Nachfolgeregelung entstanden wären, siehe Hafke, WM 1997, 693 ff.

69 Vgl. auch Dittrich, NJW 1998, 1273.

70 Schaub, BB 1998, 1477.

71 Natzel, DB 1998, 367.

72 Zu den gleichlautenden Entwürfen siehe die informative Darstellung bei Seibert, ZGR 1998, 1 ff.

auch auf »glatte« Beträge, die Regel sein, doch bleibt es den Beteiligten unbenommen, bei allen bis zum 31. 12. 2001 gegründeten und ins Handelsregister eingetragenen Gesellschaften weiter bei der D-Mark zu bleiben. In der Literatur wird bestritten, daß der Wirtschaftsausschuß über entsprechende Umstellungsmaßnahmen nach § 106 Abs. 3 Nr. 10 BetrVG zu unterrichten sei; Arbeitnehmerinteressen seien »nicht wesentlich berührt«⁷³ bzw. wegen der Kostenneutralität des Vorgangs nicht betroffen.⁷⁴ Sofern sich nicht durch die »Glättung« eine effektive Veränderung des Grund- bzw. Stammkapitals ergibt, mag man dem zustimmen, doch wäre ein Arbeitgeber schlecht beraten, wenn er insoweit Informationszurückhaltung praktizieren würde: Die entsprechenden Angaben lassen sich un schwer durch Einsichtnahme ins Handelsregister ermitteln. Es wäre kein Beitrag zu vertrauensvoller Zusammenarbeit, müßten die Wirtschaftsausschußmitglieder sich erst zum Amtsgericht begeben, um das zu erfahren, was im Unternehmen jederzeit für ihre Gesprächspartner verfügbar ist.

9. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats

Nach § 87 Abs. 1 Nr. 4 BetrVG unterliegt die »Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte« der Mitbestimmung des Betriebsrats. Dazu gehört anerkanntermaßen der Übergang von der Barzahlung zur Überweisung,⁷⁵ aber auch die Auswahl der Währung, was bisher nur bei Auslandsmitarbeitern eine Rolle spielte.⁷⁶ Obwohl die D-Mark ab 1. 1. 1999 nur noch eine »Untereinheit« des Euro, also keine eigentliche Währung mehr ist,⁷⁷ ist sich die Literatur im wesentlichen darüber einig, daß der Übergang zum Euro unter § 87 Abs. 1 Nr. 4 fällt.⁷⁸ Allerdings wird das effektive Eingreifen eines Mitbestimmungsrechts mit dem Argument bestritten, das Wahlrecht des Arbeitgebers in seiner Eigenschaft als Schuldner einer Geldleistung sei eine das Mitbestimmungsrecht verdrängende gesetzliche Regelung im Sinne des Einleitungssatzes von § 87 Abs. 1 BetrVG.⁷⁹ Dem kann nicht zugestimmt werden. Gerade die Tatsache, daß der Arbeitgeber Spielräume besitzt, macht das Mitbestimmungsrecht überhaupt erst funktionsfähig. Bei reinem Gesetzesvollzug gäbe es nichts zu verhandeln und nichts zu entscheiden; die Rechte nach § 87 Absatz 1 BetrVG liefen leer.⁸⁰ Im Ar-

73 So Bauer-Diller, NZA 1997, 739.

74 So Natzel, DB 1998, 367.

75 Siehe die Nachweise bei Klebe, in: Däubler/Kittner/Klebe (Hrsg.) Kommentar zum BetrVG, 6. Auflage, Frankfurt/M. 1998, § 87 Rn. 108.

76 Dazu Hess/Schlochauer/Glaubitz, Kommentar zum BetrVG, 5. Auflage, Neuwied 1997, § 87 Rn. 248.

77 Siehe Rehbein, WM 1998, 999.

78 Bauer-Diller, NZA 1997, 738; Däubler, Arbeitsrecht 1, 15. Auflage, Reinbek 1998, Rn. 973; Schaub, BB 1998, 1477; anders nur Natzel, DB 1998, 369.

79 So insbesondere Bauer-Diller, NZA 1997, 739 und Kaindl, NZA 1998, 842.

80 Siehe etwa BAG, AP Nr. 12 zu § 87 BetrVG 1972 Überwachung.

beitsschutzrecht ist die Unterscheidung zwischen normativen Regelungen mit und ohne betrieblichen Spielraum seit jeher geläufig; gerade die Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers ist dort der wesentliche Anknüpfungspunkt für die Mitentscheidung durch den Betriebsrat.⁸¹ Daß das EG-Recht dem Arbeitgeber eine uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit gewähren wollte, läßt sich nicht ernsthaft behaupten, da Artikel 8 Abs. 2 VO II ausdrücklich den Vorrang parteiautonomer Vereinbarungen festlegt. Der Übergang zum Euro unterliegt daher richtigerweise der Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 4 BetrVG.

Im Zusammenhang mit der Einführung bargeldloser Lohnzahlung hat die Rechtsprechung den Grundsatz entwickelt, im Rahmen der Mitbestimmung könne auch eine Beteiligung des Arbeitgebers an den dem Arbeitnehmer entstehenden Kontoführungsgebühren verlangt werden.⁸² Dies ist in den vorliegenden Zusammenhang zu übertragen: Stellt der Arbeitgeber auf Euro um und tut der Arbeitnehmer dasselbe mit seinem Gehaltskonto, weil er die Umrechnung vermeiden möchte, so kann der Betriebsrat verlangen, daß die Kosten der Umstellung wie die etwaigen höheren Kosten des Euro-Kontos vom Arbeitgeber erstattet werden.⁸³ Ob im Streitfall eine Einigungsstelle in diesem Sinne entscheiden wird, ist allerdings nicht ausgemacht; dies wird u. a. von der wirtschaftlichen Belastung für das Unternehmen abhängen.

Wird bei Sozialeinrichtungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG) und bei Werkwohnungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 9 BetrVG) auf Euro umgestellt, so handelt es sich um eine Verwaltungsmaßnahme, die gleichfalls der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliegt.⁸⁴ Ausscheiden muß demgegenüber eine Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nrn. 10 und 11 BetrVG, da die bloße Umstellung auf Euro die Verteilungsrelationen und beim Leistungslohn auch die Verdiensthöhe als solche nicht ändert.⁸⁵

10. Die Situation nach Ende der Übergangszeit

Ab dem 1. 1. 2002 dürfen weder Arbeits- noch Tarifverträge auf D-Mark lauten. Als Währungseinheit ist ausschließlich der Euro zu benutzen. Verträge, die bis dahin nicht umgestellt sind, werden gemäß Artikel 14 VO II automatisch auf Euro umgerechnet. Wird irrtümlich ein DM-Vertrag

⁸¹ Siehe den Überblick über die Rechtsprechung bei Klebe, in: Däubler/Kittner/Klebe (Hrsg.), aaO, § 87 Rn. 169 ff.

⁸² Grundlegend BAG, AP Nr. 1 zu § 87 BetrVG 1972 Auszahlung. Weitere Nachweise bei Klebe, aaO, § 87 Rn. 109.

⁸³ Ebenso im Ergebnis Bauer-Diller, NZA 1997, 739 und Kaindl, NZA 1998, 843.

⁸⁴ Schaub, BB 1998, 1477.

⁸⁵ Ebenso Bauer-Diller, NZA 1997, 738; Natzel, DB 1998, 369; Schaub, BB 1998, 1477.

geschlossen, so ist dieser insoweit unwirksam, doch ist nach § 140 BGB eine Umdeutung in einen Euro-Vertrag vorzunehmen.

11. Änderungen im Arbeitszeitrecht

Artikel 14 a EuroEG fügt dem § 10 Abs. 3 des ArbZG einen Absatz 4 an, der eine Sonderregelung der Feiertagsarbeit für solche Arbeitnehmer enthält, die mit der Durchführung des Eil- und Großbetragszahlungsverkehrs sowie des Geld-, Devisen-, Wertpapier- und Derivatehandels betraut sind. Sie können auch an solchen Feiertagen beschäftigt werden, die nicht in allen anderen Mitgliedstaaten der EU begangen werden, da andernfalls die »Zahlungsstelle Deutschland« einen Wettbewerbsnachteil hätte.⁸⁶

⁸⁶ Anzinger, NZA 1998, 845.

V. Veränderte Tarifpolitik nach Einführung des Euro?

Der 1. 1. 1999 wird am äußeren Rahmen der Tarifverhandlungen nichts ändern. In Deutschland wird weiter – soweit möglich – auf Branchenebene verhandelt. EG-weite Tarifverträge sind Zukunftsmusik. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Gewerkschaften sind auf nationalstaatlicher Ebene organisiert, übernationale Zusammenschlüsse haben bestenfalls Koordinierungsfunktion und verfügen nur über wenige Ressourcen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stößt weniger auf politische als auf sprachliche und kulturelle Hindernisse.

1. Die gesteigerte Bedeutung der Produktivität

Dennoch kann der Euro in recht nachhaltiger Weise die Rahmenbedingungen verändern, die für die im bisherigen Maßstab fortgesetzte Tarifpolitik gelten. Wie oben⁸⁷ bereits dargelegt, führt die einheitliche Währung dazu, daß der Markt »reibungsloser« funktioniert. Gerne wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß die Preise für einzelne Güter innerhalb der EG weit auseinandergehen, daß man z. B. für ein Aspirin im 20er Pack in Deutschland 34 Pfennig, in Spanien dagegen nur 20 Pfennig bezahlt.⁸⁸ Ob sich hier eine Angleichung vollzieht, erscheint durchaus zweifelhaft, da ja auch schon bisher die Möglichkeit bestanden hätte, die zu billigeren Preisen angebotenen Produkte ins Ursprungsland zu reimportieren. Wichtiger ist deshalb, daß sich wegen des wegfallenden Wechselkursrisikos immer mehr Unternehmen »internationalisieren« werden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht kann es sinnvoller sein, auch langfristige Lieferverträge mit ausländischen Produzenten abzuschließen oder in einem anderen Land der Währungsunion ein Vertriebsnetz aufzubauen. Die Mehrheit der deutschen Unternehmen verbindet deshalb mit dem Euro die Erwartung positiver Effekte sowohl im Einkauf wie auch bei den Absatzchancen.⁸⁹ Die höhere Präsenz auf ausländischen Märkten wird zu einem verstärkten Preiswettbewerb führen.⁹⁰

87 III 1.

88 Nerb, IFO-Schnelldienst Heft 17–18/1998 S. 15.

89 Nerb, aaO, S. 14, 15.

90 Ochel, IFO-Schnelldienst Heft 15/1997 S. 18.

Auf dem vergrößerten Markt haben diejenigen Unternehmen die besten Chancen, deren »Lohnstückkosten« am relativ niedrigsten sind. Wer preiswerter produziert, gewinnt Marktanteile hinzu. Ein hohes Maß an Produktivität ermöglicht dabei vergleichsweise hohe Löhne; dies erklärt etwa, weshalb die Bundesrepublik große Exporterfolge aufweist (also billiger als die ausländische Konkurrenz anbieten kann), obwohl die Lohnkosten hoch sind und die Jahresarbeitszeit relativ kurz ist.⁹¹ Führen Tarifverhandlungen nun dazu, daß die Löhne stärker steigen als die Produktivität der Wirtschaft, so besteht die Gefahr des Zurückbleibens im internationalen Wettbewerb und des Verlustes an Marktanteilen. Tarifpolitik wird so zu einem wesentlichen Bestandteil der Standortpolitik.⁹²

Unter den bisherigen Rahmenbedingungen gab es für die Unternehmen wie für die Gesamtwirtschaft zwei häufig benutzte Auswege: Die Lohnsteigerungen wurden durch Preissteigerungen in der Binnenwirtschaft kompensiert; im Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften ließ sich die Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen, indem man die eigene Währung abwertete und so die Angebote im Ausland künstlich verbilligte. Beide Reaktionen stehen innerhalb des Gebiets der Währungsunion nicht mehr zur Verfügung. Die Überwälzung auf die Preise ist unter Wettbewerbsbedingungen schwer möglich und würde – wenn von allen kraft stillschweigenden Übereinkommens praktiziert – die EZB auf den Plan rufen, die Maßnahmen (wie z. B. eine Verteuerung der Kredite) ergreifen würde, um Gefahren für die Währungsstabilität abzuwenden. Erst recht scheidet innerhalb der Währungsunion die Abwertung aus, da es insoweit ja überhaupt keine Wechselkurse mehr gibt. Von daher schafft der Euro den Zwang, daß Lohnerhöhungen nicht deutlich stärker als die Steigerung der Produktivität ausfallen dürfen.

Dieser eine »Markierungspunkt« für die künftige Tarifpolitik hat keinen »Ewigkeitscharakter«; vielmehr ist denkbar, daß in einer Reihe von Jahren das Euro-Gebiet nach den gleichen Grundsätzen wie bisher eine nationale Volkswirtschaft funktioniert. Zunächst wird allerdings der beschriebene Zwang eintreten.

2. »Starke« und »schwache« Volkswirtschaften

In der künftigen Währungsunion besteht eine weitere Besonderheit. Der Zuwachs an Produktivität war in der Vergangenheit in bestimmten Ländern höher als in anderen. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik auf der einen sowie Italien, Spanien und Portugal auf

91 Näher dazu Hickel, aaO, S. 63 ff.; zur Entwicklung der Lohnstückkosten im Vergleich der Bundesrepublik mit anderen EG-Staaten siehe weiter die Angaben in DIW-Wochenbericht Heft 1–2/1998 S. 7 und Heft 27/1998 S. 499.

92 Ochel, IFO-Schnelldienst Heft 15/1997, S. 19.

der anderen Seite.⁹³ Geht man davon aus, daß sich diese Entwicklung fortsetzt, so ergibt sich das Problem, daß die weniger produktiven Volkswirtschaften immer mehr Marktanteile verlieren werden. Dieser Effekt wird noch gesteigert, wenn die realen Lohnerhöhungen – wie in den Jahren 1996 und 1997 in der Bundesrepublik – hinter dem Produktivitätszuwachs deutlich zurückbleiben.⁹⁴

Wie können Unternehmen und Regierungen aus anderen Mitgliedstaaten darauf reagieren? Da eine Abwertung der nationalen Währung nicht mehr in Betracht kommt, bleiben im Prinzip nur zwei wenig gangbare Auswege. Der eine liegt in sogenannten Transferzahlungen, d. h. in »Finanzspritzen«, die die schwächeren Unternehmen in die Lage versetzen, im europaweiten Wettbewerb wieder mithalten zu können. Die zweite Möglichkeit besteht in einer Lohnsenkung, die im Zweifel am politischen Widerstand der Betroffenen scheitern wird. Hier liegt der eigentliche Sprengsatz für die Währungsunion.⁹⁵

Für die deutschen Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe, die Lohnerhöhungen wieder mit dem Produktivitätszuwachs in Einklang zu bringen. Dies bedeutet in der Tat das (vorübergehende) Ende der bisherigen Bescheidenheit. Sinnvoll wäre eine Koordination der Tarifpolitik mit den ausländischen Partnerorganisationen, um so die Kräfte bündeln zu können.⁹⁶ Auch sollte man ein wenig darüber nachdenken, inwieweit die Schranke »Produktivitätszuwachs« nicht auch einmal in Deutschland überschritten werden kann, um so einem Niederkonkurrieren ausländischer Unternehmen entgegenzuwirken. Das Wort haben insoweit die Ökonomen und die Tarifpolitiker.

93 Zur Produktivitätsentwicklung siehe die Nachweise oben Fn. 90.

94 Siehe die Angaben in DIW-Wochenberichte Heft 20–21/1998 S. 364.

95 Szenarien für die weitere Entwicklung bei Huffschmid, Blätter für deutsche und internationale Politik 1998, 687 ff.

96 Däubler, Blätter für deutsche und internationale Politik 1998, 706.

Anhang

1. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766) in der Fassung des Artikels G des Vertrags über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (BGBl. II S. 1253) – Auszüge –
2. Verordnung (EG) Nr. 1103/97 des Rates vom 17. Juni 1997 über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung Euro, ABl vom 19. Juni 1997, L 162/1–3
3. Verordnung (EG) Nr. 974/98 des Rates vom 3. Mai 1998 über die Einführung des Euro, ABl vom 11. Mai 1998, Nr. L 139/1–5
4. Gesetz zur Einführung des Euro (Euro-Einführungsgesetz – Euro-EG) vom 9. Juni 1998, BGBl. I S. 1242–1255
5. Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, ABl vom 2. August 1997, Nr. L 209/1–5
6. Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit, ABl vom 2. August 1997, Nr. L 209/6–11
7. Tarifvertrag über die Umstellung währungsrelevanter Tarifvertragsbestimmungen im Rahmen des Währungsübergangs von D-Mark auf Euro (TV-Euro) vom 30. Juni 1998, abgeschlossen zwischen den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie und der IG Metall (ein entsprechender Tarifvertrag wurde zwischen Gesamtmetall und DAG abgeschlossen – s. Süddeutsche Zeitung vom 22. 7. 1998)